

Beschluss Sofortige unbürokratische und umfassende humanitäre Hilfe für die Binnenvertriebenen in der Ukraine

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 15.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegerichtet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

1 Flucht und Vertreibung sind für die Menschen in der Ukraine leider nicht neu. Seit dem
2 Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine im Jahr 2014, der Besetzung der
3 Krim und von
4 Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk hatten bereits 2 Millionen Menschen ihre
5 Heimatorte
6 verlassen müssen. Nach der Kriegserklärung im Februar 2022 und dem Beginn eines
7 flächendeckenden Angriffs auf die Ukraine durch die russische Armee sind die Zahlen
8 flüchtender Menschen in die Höhe geschossen.
9 Rund 14 Millionen Menschen, ein Drittel der Bevölkerung, sind auf der Flucht. Millionen
10 suchen Schutz in den Nachbarländern, sieben Millionen Menschen wurden zu
11 Binnengeflüchteten
12 innerhalb der Ukraine. Laut UNHCR handelt es sich derzeit um die größte
13 Vertreibungskrise
14 der Welt. (<https://www.unhcr.org/ua/en/internally-displaced-persons>).
15 Jede zweite vertriebene Familie hat Kinder, 30 Prozent der Vertriebenen sind krank,
16 haben
17 eine Behinderung oder sind ältere Menschen.
18 Wegen der noch zunehmenden Luftangriffe und wegen des dauerhaften Beschusses
19 entlang der
20 Frontlinie werden es täglich mehr Menschen, die flüchten. Das UNHCR schätzt die Zahl
21 jener,
22 die in den umkämpften Gebieten festsitzen oder diese aufgrund erhöhter
23 Sicherheitsrisiken,
24 der Zerstörung von Brücken und Straßen sowie des Mangels an Ressourcen oder
25 Informationen
nicht verlassen können, auf 13 Millionen Menschen! Die ukrainische Regierung hat in
den
letzten Wochen mit Evakuierungen aus stark umkämpften Regionen begonnen. Es ist
zu erwarten,
dass der Winter und Probleme bei der Versorgung die Fluchtbewegungen verstärken
werden, denn
mit Stand 27. August 2022 sind laut offiziellen Zahlen 129.900 Wohnhäuser, 2.321
Bildungseinrichtungen, 903 Krankenhäuser, 2.768 Objekte ziviler Infrastruktur stark
beschädigt oder zerstört worden. Rund eine Million Menschen haben gar keinen
Zugang zu
Wasser mehr, 4,6 Millionen nur noch einen beschränkten.
Selbst wenn die Invasion morgen enden würde – Millionen haben keine Bleibe und
leiden unter

26 sehr schlechte Lebensbedingungen.

27

28 Die flüchtenden Menschen zieht es in die Gebiete, die weniger angegriffen werden und
in

29 denen Raketen aufgrund ihrer längeren Flugzeit besser abgefangen werden können.
Viele

30 flüchten zum zweiten Mal oder schon zum dritten Mal vor den russischen Angriffen,
nachdem

31 sie nach 2014 und auch jetzt wieder oft in der Nähe ihrer Heimat im Osten oder Süden
der

32 Ukraine geblieben sind. So wird im Westen der Ukraine zum Herbst und Winter mit
Millionen

33 Binnenvertriebenen gerechnet.

34

35 Regionen wie zum Beispiel der Oblast Iwano-Frankiwsk haben bis jetzt (August 2022)
rund

36 150.000 Menschen aufgenommen. Damit sind schon jetzt 10 Prozent aller Menschen
dort

37 Geflüchtete. Allein für den September werden in Iwano-Frankiwsk 220.000 weitere
Geflüchtete

38 erwartet. Der benachbarte Oblast Transkarpatien hat allein 155.000 Binnengeflüchtete

39 offiziell registriert - bei 1,2 Millionen Einwohner*innen. Der westlichste Oblast Lviv hat
40 gar 248.000 Binnenvertriebene aufgenommen- bei 1,3 Millionen Einwohner*innen, der
Oblast.

41 Noch größer sind zurzeit die Zahlen für Regionen im Osten, wie zum Beispiel Dnipro,
die

42 allerdings auch immer wieder Ziel russischer Angriffe sind. Die ukrainische Regierung
bemüht

43 sich um eine Evakuierung der Menschen aus den Regionen in der Nähe der Frontlinie.

44 In den Städten und Oblasten leisten Bürger*innen, Verwaltung und die organisierte
45 Zivilgesellschaft Großartiges: Sie helfen und spenden, nehmen die Menschen privat
auf. Sie

46 räumen Hörsäle, Turnhallen und Verwaltungsgebäude, um die Menschen
unterzubringen. Doch das

47 wird nicht reichen. Erhebungen zeigen, dass die meisten Binnengeflüchteten in

48 Bildungseinrichtungen (Schulen, Kindergärten) bzw. in Sanatorien oder
Erholungsheimen

49 untergebracht wurden, die für einen langfristigen Aufenthalt ungeeignet sind. Zugleich

50 wachsen nach den Sommerferien Probleme, weil Binnenvertriebenen aus
provisorischen Schulen

51 ausziehen müssen, weil die Schüler*innen mit dem neuen Schuljahr zum Unterricht
zurückkehren

52 sollen.

53

54 Bald wird es nicht mehr möglich sein, Menschen in bestehende Gebäude
unterzubringen, weil

55 sie belegt sind. Um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern, muss das Land sofort
und

56 effektiv bei der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung der Menschen unterstützt

werden, die
57 innerhalb der Ukraine auf der Flucht sind.
58
59 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich dafür ein, dass den flüchtenden Menschen aus der
Ukraine
60 weiter Aufnahme und Schutz in der EU ermöglicht wird. Wir wissen aber von Besuchen
in der
61 Ukraine und aus vielen Berichten, dass sehr viele Ukrainerinnen und Ukrainer trotz
Flucht im
62 Land bleiben wollen, auch, weil sie ihre Söhne, Männer, Väter und Brüder im
wehrpflichtigen
63 Alter zurücklassen müssten. Doch dafür müssen bessere Bedingungen geschaffen
werden. Denn
64 die Familien werden ihre Frauen und Kinder darauf drängen, das Land zu verlassen,
wenn das
65 Überleben immer schwieriger wird. Die Ukraine selbst kann die Kosten für
Unterbringung und
66 Lebensmittelversorgung nicht mehr alleine stemmen.
67
68 Umgehend müssen Möglichkeiten zur Unterbringung geschaffen werden. Dazu
gehören schnell zu
69 errichtende Notunterkünfte, winterfeste Zelte, Generatoren, Heizgeräte und
Ausrüstung zur
70 Wasseraufbereitung. Dringend gebraucht werden an bestehenden zentralen
Unterkünften mobile
71 Küchen. Auch die Versorgung mit Lebensmitteln, Betten, Decken und Kleidung muss
72 flächendeckend sichergestellt werden. Angefragt werden von Helfern vor Ort auch
immer wieder
73 Sanitätswagen und Ausrüstung für medizinische Notfallversorgung. Für die
Aufrechterhaltung
74 des Schulunterrichts ist die technische Ausstattung von Lehrkräften und Schüler*innen
für
75 den Onlineunterricht zu gewährleisten.
76
77 Die bessere Ausrüstung und Ausbildung der ukrainischen Armee zur Verteidigung der
78 Unabhängigkeit des Landes ist unbedingt notwendig. Sie muss ab sofort einhergehen
mit
79 ehrgeizigen Anstrengungen in der humanitären Hilfe in den Zentren der Flucht in der
Ukraine.
80 Das Auseinanderreißen von Familien und eine weitere Vertreibung der Menschen aus
ihrem Land
81 muss und kann verhindert werden.
82
83 Wir GRÜNE setzen uns für eine sofortige, kontinuierliche und umfangreiche humanitäre
Hilfe
84 für die Geflüchteten in der Ukraine, in Deutschland und EU ein. Noch vor dem Einbruch
des
85 Winters muss die Ukraine logistisch, personell und vor allem finanziell in die Lage
versetzt
86 werden, angemessene und bedarfsgerechte Unterbringungsmöglichkeiten zu schaffen.
Es braucht

87 umgehend ein sofortiges Programm für humanitäre Hilfslieferungen und die
88 Wiederinstandsetzung kritischer ziviler Infrastruktur.

89 Als Grüne setzen wir uns zudem für die Unterstützung des kurz-, mittel- und
langfristigen
90 Wiederaufbaus der Ukraine ein. Auseinandersetzungen über Zukunftsperspektiven
sowie die
91 Verknüpfung von Wiederaufbau und Europäischer Integration aber dürfen dabei die
kurz- und
92 mittelfristige Bedarfe nicht überlagern. Sie haben höchste Priorität. Hierzu muss
93 Deutschland auf allen Ebenen, europäisch und global, beispielsweise über die
Einberufung
94 einer Geberkonferenz aktiv werden, um weitere humanitäre Krisen in der Ukraine zu
95 verhindern.

96

97 Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen, die sich nicht aus ihrem Heimatland
vertreiben
98 lassen wollen, in ihrem Land den nächsten Winter sicher und unbeschadet überstehen
können.

99 Die internationalen Initiativen zum Wiederaufbau der Ukraine sind wichtig. Sie
schaffen
100 Perspektiven. Aber auf die akute Not der Binnenflucht muss jetzt reagiert werden. Die
EU,
101 ihre Mitgliedstaaten und die internationalen Organisationen müssen sich gemeinsam
dieser
102 akuten Not stellen und zur Abhilfe Sofortprogramme beschließen. Dank der
103 Dezentralisierungsreform sind in den Rathäusern, der Verwaltung und der
Zivilgesellschaft
104 verlässliche regionale und lokale Strukturen entstanden, die eine Voraussetzung für
eine
105 gute Kooperation sind.

106

107 Noch können wir den Menschen vor Ort helfen.